

A N F R A G E von Susanna Rusca Speck (SP, Zürich) Julia Gerber Rüegg (SP, Wädenswil) und Rolf Steiner (SP, Dietikon)

betreffend Anschluss an den Arbeitsmarkt nach der Lehre

Die Wirtschaftskrise und den damit verbundenen Arbeitsplatzverlust werden auch Lehrabgängerinnen und -abgänger zu spüren bekommen. Die kürzlich vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) veröffentlichten Zahlen zeigen, dass gegenüber dem Vorjahr ein massiver Zuwachs an Arbeitslosigkeit unter den Jungen zu erwarten ist.

Das Arbeitslosenversicherungsgesetz des Bundes (AVIG) sieht für konjunkturell schwierige Zeiten die Möglichkeit vor, Berufspraktika für Lehrabgängerinnen und -abgänger in Unternehmen und in der Verwaltung mitzufinanzieren (Art. 64a Beschäftigungsmassnahmen, Abs. b.). Dabei beteiligt sich der Bund an der Praktikumsentschädigung mit einem Anteil bis zu 75%.

Junge Menschen, die am Anfang ihrer Berufslaufbahn stehen, dürfen keinesfalls in die Arbeitslosigkeit fallen. Es ist besonders in Krisenzeiten dafür zu sorgen, dass Lehrabgängerinnen und -abgänger nach der Lehre nahtlos in der Arbeitswelt integriert bleiben. Wir meinen, der Regierungsrat und seine Volkswirtschaftsdirektion sollen die im AVIG gegebene Möglichkeit aufnehmen, die entsprechenden Mittel beim Bund abholen und gezielt einsetzen.

In diesem Zusammenhang bitten wir Sie, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie stellt sich der Regierungsrat zur oben stehenden Forderung?
2. Welche Möglichkeiten sehen der Regierungsrat und die Volkswirtschaftsdirektion, die Wirtschaft zu verpflichten, sich an solchen Beschäftigungsprogrammen zu beteiligen und entsprechende Praktikumsplätze für junge ausgelernte Arbeitskräfte anzubieten?
3. Welche diesbezüglichen konkreten Massnahmen will der Regierungsrat angesichts der Krise in die Wege leiten?
4. Wie lange wird es dauern, bis erste Massnahmen umgesetzt sein werden?

Susanna Rusca Speck
Julia Gerber Rüegg
Rolf Steiner